

Die SP60+ will nach Bern

Die SP60+ des Kantons Freiburg wird mit einer eigenen Liste bei den Nationalratswahlen antreten. Die Perspektive der älteren Generationen soll verstärkt in die nationale Politik einfließen. Als Grosseltern engagieren sich die 60+ für eine soziale und ökologische Zukunft, welche die Welt lebenswert macht. Die ungelösten Probleme etwa der sozialen Ungleichheit, der Altersarmut, der Ausgestaltung der Vorsorge oder der Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt verlangen innovative Ansätze, welche auf Erfahrung und politischer Kompetenz beruhen.

Die SP60+ des Kantons Freiburg, die sich als politische Stimmer der älteren Generationen versteht, wird mit einer eigenen Liste zu den Nationalratswahlen im Herbst 2019 antreten. In Listenverbindung mit der freiburgischen sozialdemokratischen Partei natürlich. Dies hat der Vorstand heute beschlossen. Die Gruppe will damit aus der Perspektive von älteren Personen notwendige Akzente in die politische Diskussion einbringen. So zum Beispiel:

Altersarmut bekämpfen und Vorsorge sinnvoll gestalten. Jede fünfte Person in der Schweiz über 65 lebt in Armut oder ist armutsgefährdet. Das sind rund 330'000 Menschen. Doch solche prekären Lebensbedingungen sind weder für den Bundesrat noch für das Parlament ein wichtiges Thema. Die Problematik der Vorsorge darf jedoch nicht nur aus der Perspektive der Sanierung von Einzelkassen angegangen werden, sondern muss die konkrete wirtschaftliche Situation der Betroffenen zum Ausgangspunkt nehmen. Die SP60+ fordert deshalb eine markante Stärkung der AHV, die zur wichtigsten Säule der Vorsorge werden soll. Die zweite Säule mit ihrem Casino-Charakter soll in den Hintergrund treten.

Diskriminierung ab 50+ auf dem Arbeitsmarkt: Die Unternehmen in die Pflicht nehmen! Eine der wichtigsten Ursachen von prekären wirtschaftlichen Verhältnissen im Alter ist die Diskriminierung der 50+ auf dem Arbeitsmarkt. Das geht natürlich gar nicht. Runde Tische, nette Absichtserklärungen und gutgemeinte Sensibilisierungsaktionen sind bis heute wirkungslos geblieben. Wir fordern deshalb, dass endlich griffige Massnahmen realisiert werden: So soll für erwerbslose 50+ eine wesentlich erweiterte Arbeitslosenentschädigung in Kraft treten, welche auch die notwendigen Beiträge in die zweite Säule übernimmt. Finanziert soll dies durch jene Unternehmen werden, welche unterdurchschnittliche Quoten von Beschäftigten im Alter 50+ aufweisen.

Kandidatinnen und Kandidaten mit Erfahrung und Kompetenz. Bis heute stellen sich drei Persönlichkeiten zur Verfügung, auf einer SP60+-Liste zu kandidieren: Mit Erwin Jutzet, ehemaliger Staatsrat und Nationalrat aus dem Sensebezirk, Catherine Plüss, Vize-Syndic von Lully aus der Broye sowie Andrea Wassmer, Grossrätin aus dem Saanebezirk, setzt die SP60+ auf viel Qualität, Erfahrung und politische Kompetenz. Weitere Gespräche sind im Gange. Die Nominierungsversammlung findet voraussichtlich anfangs Mai statt.